Staatliche Beteiligung an der Automobilverbindung Olten-Lostorf-Stüsslingen

Vom 8. März 1923 (Stand 8. März 1923)

Der Kantonsrat von Solothurn
gestützt auf Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 23. Februar 1923

beschliesst:

§ 1

[1] Der Staat Solothurn unterstützt die Autoverbindung Olten-Lostorf-Stüsslingen[1)] auf Grund der vom Initiativkomitee eingereichten Grundlagen mit einer Aktienbeteiligung von 25% der projektierten Anlagekosten von 60'000 Franken, also mit 15'000 Franken.

§ 2

[1] Die Gesellschaft hat sich nach den Bestimmungen des Obligationenrechtes als Aktiengesellschaft zu konstituieren. Die bezüglichen Statuten unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 3

[1] Die Finanzierung des Unternehmens hat durch Aktien zu erfolgen. Der Regierungsrat, dem die Genehmigung des Finanzausweises nach Ziffer 6 obliegt, kann ausnahmsweise die Aufnahme von Anleihen gestatten. Die Aktien des Staates sind den übrigen im Rechte gleichgestellt.

§ 4

[1] Ohne Genehmigung des Regierungsrates darf die Gesellschaft weder mit einer andern Gesellschaft fusionieren, noch ihre Konzession an eine andere abtreten, noch eine Verpfändung der Liegenschaften und Betriebsgegenstände vornehmen.

§ 5

[1] Der Staat hat das Recht, sich im Verwaltungsrat[2)] durch ein Mitglied vertreten zu lassen. Von diesem Mitglied darf kein Aktienbesitz gefordert werden.

---

1) Am 24. Dezember 1955 Umwandlung in Automobilgesellschaft Gösgeramt AG.
2) Vgl. Art. 12 der Statuten vom 20. April 1972.

§ 6

[1] Die Bestellung des Omnibusses darf erst vorgenommen und mit der Erstellung der Garage darf erst begonnen werden, wenn der Finanzaus-weis vom Regierungsrat genehmigt worden ist. Die Pläne der Garage und der Lieferungsvertrag für den Omnibus unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.

§ 7

[1] Dieser Beschluss erlischt, wenn das Unternehmen nicht innerhalb von drei Jahren in Betrieb gesetzt worden ist.